

Weitergeben!

VORWÄRTS ZUM REVOLUTIONÄREN LINKSSOZIALISMUS !

In der "Zukunft", dem theoretischen Organ der SPÖ, nimmt Josef Hindels neuerlich das Wort, um Reformismus und Linkssozialismus voneinander abzugrenzen (siehe "Zunkunft", Nr. 9, Sept. 48). Es ist nicht klar ersichtlich, ob Hindels bloß in seinem Namen oder in dem einer ganzen Gruppe spricht. Aber wie dem auch sei: er hat zweifellos das Verdienst, die Frage Reformismus und Linkssozialismus ernstlicher angeschnitten zu haben und zu untersuchen. Und wahrhaftig: die Frage ist ernst genug und außerdem von großer Aktualität. Viele bewußtere Arbeiter, die heute der SP folgen, machen sich längst über den Reformismus Gedanken, dessen "realistische" Politik mit ihren Resultaten sie ganz praktisch am eigenen Leibe verspüren. Sie denken aber genau so kritisch über den Stalinismus: sie haben dessen Besatzungspolitik kennengelernt und erkennen Schritt für Schritt, daß diese nur als Ausschnitt aus der stalinistischen Politik überhaupt zu nehmen ist, daß sich Reformismus und Stalinismus, trotz ihrer Differenzen, eigentlich gegenseitig in die Hände arbeiten, daß beider Politik nur ein Resultat hat: Verhinderung der sozialistischen Revolution.

Diese Situation, in welcher sich die aktiveren, ernst denkenden Arbeiterelemente in der SP befinden, stellt die Frage nach einem Ausweg auf die Tagesordnung. Wenn ich den Reformisten nicht mehr traue, aber ebensowenig den "Kommunisten", lies: Stalinisten traue - wem soll ich dann trauen, welchen Weg soll ich dann beschreiten, um vorwärtszugehen? Diese Frage stellt heißt die Frage nach dem wirklich revolutionären Linkssozialismus aufwerfen, der sich aus dem reformistischen Sumpf herausarbeitet, den stalinistischen vermeidet und tatsächlich die revolutionäre Bahn zum Sozialismus beschreitet. Niemand wird bestreiten, daß in breiten Arbeiterkreisen innerhalb der SP der Drang nach einer solchen revolutionären Orientierung besteht, daß besonders die Betriebsarbeiterenschaft, ihr aktivster, kampfgewilltester Teil, und der bewußtere Teil der Jugend instinktiv versuchen, diesen Weg aufzuspüren. Diesen wichtigsten Teilen des Proletariats wirklich den Weg zum revolutionären Linkssozialismus zu weisen, ist daher eine Aufgabe, die höchst aktuell ist und mit vollem Ernst in die Hand genommen werden muß.

Wie weit ist Hindels geeignet, diesen Weg zu weisen? Diese Frage wollen wir an Hand seines Artikels untersuchen. Es liegt uns nicht daran, ein endgültiges Urteil über ihn zu fällen: alle Dinge sind im Fluß und erst die Erfahrung wird zeigen, ob unser heutiges Urteil über ihn sich bewähren wird. Es liegt an ihm, dieses Urteil richtigzustellen. Programme und Ansichten werden durch den praktischen Kampf überprüft, der erst zeigt, ob hinter den Worten wirklicher Ernst steht, ob die unzulänglich erkannten Ansichten revidiert werden und ob tatsächlich der Weg nach vorwärts beschritten wird. Auch Hindels bleibt diese Prüfung nicht erspart. Noch weniger bleibt sie, was entscheidend wichtiger ist, den ernstlich nach links drängenden kampfgewillten Arbeitern erspart, die heute, mehr oder weniger bewußt, die Ansichten Hindels teilen. Und an sie richten sich in erster Linie diese Zeilen! Wenn sie es verstehen werden, an Hand der Lehren der Erfahrung die richtigen Schlüsse zu ziehen, dann ist uns um die Entwicklung des wirklichen, revolutionären Linkssozialismus nicht bange. Es ihnen zu erleichtern, diese Schlüsse zu ziehen, dem dient unsere theoretische Analyse der Anschauungen, die Hindels heute vertritt.

Drei Hauptprobleme des Linkssozialismus

Hindels stellt drei Hauptprobleme in den Vordergrund seiner Untersuchung. An ihnen, meint er, zeigt sich besonders deutlich die

Kluft, die Reformismus und Linkssozialismus trennt. Diese drei Hauptprobleme sind: die Frage der Koalition, des Bündnisses mit bürgerlichen Parteien; die Frage des außerparlamentarischen Kampfes, des Massenkampfes; und schließlich die Frage der Staatsauffassung.

Hindels hat damit zweifellos die Grundfragen aufgerollt, die tatsächlich die Hauptstreitpunkte zwischen Reformismus und Linkssozialismus bilden. Das eigentliche zentrale Problem ist und bleibt aber die Frage der Koalitionspolitik, oder, wie er es nennt, das Problem der "Koalitionsgeginnung". Von dieser eigentlichen Grundfrage muß ausgegangen werden, sie steht im Zentrum und alle anderen Fragen ranken sich um sie, auch die Fragen des Massenkampfes und der Staatstheorie. Die Grundeinstellung in diesen letzteren entspringt vollständig der Grundeinstellung in der Frage der Koalitionspolitik, wie wir zeigen werden.

Die zentrale Frage: die Frage der Koalitionspolitik

Was heißt Koalitionspolitik? Hindels definiert sie als die Frage des Verhältnisses der SP zu den bürgerlichen Parteien. Richtig stellt er fest, daß die heute beliebte Ersetzung des Wortes "Koalition" durch das Wort "Konzentration" nichts am Wesen der Sache ändert: auch die "Konzentration" ist Koalition, ist Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, die die Reformisten mit einer neuen Etiquette versehen, um sie den Arbeitern schmackhafter zu machen.

Aber Hindels dringt nicht auf den Grund der Frage. Das zeigt sich deutlich einige Zeilen tiefer, wo er schreibt: "Es wäre falsch, die Koalition, die Zusammenarbeit der Sozialisten mit bürgerlichen Parteien, als prinzipielles Merkmal des Reformismus zu bezeichnen". Er sucht diesen Satz dadurch zu stützen, daß er auf die schwedische und englische SP hinweist, die nach dem Kriege die Koalition "aufgelöst" und "rein sozialistische" Regierungen gebildet hätten. "Reformismus muß also", schließt er daraus, "nicht immer Koalitionspolitik sein".

Das geht völlig daneben. Die Koalitionspolitik hat verschiedene Erscheinungsformen. Gerade diese genau zu untersuchen, ist eine Aufgabe, der sich Hindels noch unterziehen muß. Die Koalitionspolitik kennt offene und versteckte, verhüllte Formen: sie zeigt sich als offene, unverhüllte Zusammenarbeit der SP mit bürgerlichen Parteien in der kapitalistischen Regierung, sie zeigt sich als "Tolerierungs-politik" (wie vor 1933 in Deutschland), sie tritt bald auf als "oppositionelle" Politik, bei welcher sich die SP außerhalb der bürgerlichen Regierung in "Opposition" befindet, sie zeigt sich in raffiniertesten Form, wenn die SP (Labour Party) eine "rein sozialistische" Regierung bildet - im kapitalistischen Staat, wie in England, Schweden usw. Allen diesen Formen der Koalitionspolitik ist ein Grundmerkmal, eine Grundeinstellung eigen: daß die kapitalistische Wirtschaft, der kapitalistische Staat vom Proletariat nicht revolutionär umgewältzt werden brauche, sondern daß der Sozialismus auf dem Wege von Reformen friedlich herbeigeführt werden könne. Diese Grundeinstellung ist für den Reformismus charakteristisch, ist sein grundlegendes Merkmal, bestimmt seine politische Grundlinie der Koalition, der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, sei sie nun offen oder verdeckt. Und diese Grundeinstellung beherrscht die englische wie die schwedische SP genau so, wie die übrigen SPen - obwohl sie "rein sozialistische Regierungen" gebildet haben! Hindels selbst widerlegt - Hindels, wenn er fast in einem Zuge sagt, die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien sei kein prinzipielles Merkmal des Reformismus und dabei auf England und Schweden hinweist - und gleich danach die schwedische SP richtig als eine der stärksten reformistischen Parteien hinstellt! Wie reimt sich das? Gar nicht. Die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, mit der Kapitalistenklasse, die Koalitionspolitik ist das grundlegende, prinzipielle Merkmal des Reformismus, einer reformistischen Partei. In England und Schweden ist

Situation so, daß die nach wie vor an der Macht befindliche Kapitalistenklasse es für vorteilhafter für die Erhaltung der kapitalistischen Macht in Wirtschaft und Staat erachtet, wenn sie selbst aus der Regierung wegbiebt, sie der SP überläßt. Aber regieren heißt noch nicht, die Macht besitzen! Kapitän des kapitalistischen Schiffes bleibt die Kapitalistenklasse; die SP ist nur zum Steuermann avanciert! Das ist in England und Schweden der Fall. Die Herrschaft der Bourgeoisie ist dort sogar noch solider, besonders was Schweden anbelangt; die große Masse der Arbeiterschaft ist tatsächlich in der Illusion gefangen, daß es zum Sozialismus vorwärts geht.

Mit dem Hinweis Hindels auf die englische und schwedische SP ist es also nichts. Nicht allein die offene Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ist für den Reformismus kennzeichnend, sondern seine grundsätzliche Einstellung, Haltung zu den bürgerlichen Parteien, zur Kapitalistenklasse, zum kapitalistischen Staat. Darauf weist Hindels selbst hin, wenn er von der "Koalitionsgeginnung" der Reformisten spricht. Ja, die "Koalitionsgeginnung", die Grundeinstellung auf die Koalition, auf die Zusammenarbeit (in verschiedenen Formen) mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien ist das prinzipielle Merkmal des Reformismus. Worauf er höchstens ausgeht, ist die Milderung des kapitalistischen Elends, nicht aber die Vernichtung der Wurzel dieses Elends, des kapitalistischen Systems selbst. Heute, in der Verfallsepoke des Kapitalismus, kann der Reformismus nicht einmal eine Abschwächung des kapitalistischen Elends mehr herbeiführen.

Wer also die Beseitigung der Wurzel des Massenelends, die Vernichtung des Kapitalismus ernstlich will, muß sich die Frage stellen: ist die reformistische Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit deren Parteien mit dem proletarischen Klasseninteresse, mit dem konsequenten proletarischen Klassenkampf vereinbar oder nicht? Darauf hat die Theorie längst geantwortet und die Praxis des Reformismus, die Resultate seiner Politik haben diese Antwort millionenfach untermauert: jede, auch nur vorübergehende, offene oder versteckte Koalition, Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit deren Parteien ist mit den proletarischen Grundinteressen unvereinbar, schwächt das Proletariat, hemmt seinen Klassenkampf, verfälscht ihn, führt das Proletariat letzten Endes in furchtbare Katastrophen! Seit 1914 hat das Proletariat das am eigenen Leib erfahren. Seither hat sich nichts am Reformismus geändert: der heutige "staatsnahe" Reformismus ist um kein Gran besser als der alte: er ist nur noch verfaulter, weil er in der Epoche, wo die furchtbare Lage der Massen nach der sozialistischen Revolution geradezu schreit, im Trott der untergehenden Kapitalistenklasse marschiert und das Proletariat damit in weitere furchterliche Katastrophen zu führen droht. Was die verschiedenen Reformen in England usw. betrifft, so sind sie Zugeständnisse der herrschenden Klasse bei völliger Aufrechterhaltung ihrer Macht. Die Kapitalistenklasse macht momentan einige Zugeständnisse, weil sie nicht anders kann, weil ihr die Stimmung der Massen nach dem Kriege das nahelegt. Sie überläßt der SP, der LP das Ruder, sie selbst bleibt aber auf der Kommandobrücke. Sie gibt letzten Endes die Befehle, wenn das für die Massen auch nicht leicht erkennbar ist. Das grundlegend wichtigste für die Kapitalistenklasse bleibt dabei, ob es sich nun um England, Schweden, Österreich oder sonst ein kapitalistisches Land handelt, die Erhaltung ihrer ökonomischen und politischen Macht. Und diese tastet die SP nirgends, auch nicht im "sozialistischen" England, an, kann sie gar nicht antasten, denn diese Macht ist nicht mit Reformen, sondern nur mit einer Revolution zu vernichten.

Koalitionspolitik - Prinzip oder Taktik?

Indem Hindels die Grundfrage der Koalitionspolitik als eines der Hauptprobleme, die sich zwischen Reformismus und Linkssozialismus

erheben, aufzeigt, geht er durchaus in der richtigen Richtung. Aber er geht diesen Weg nicht mit voller Konsequenz.

Wir haben oben gesehen: er bestreitet, daß die Koalitionspolitik ein prinzipielles Merkmal des Reformismus sei. Dabei verirrt er sich - indem er die verschiedenen Formen der Koalitionspolitik nicht näher untersucht und die Kernfrage außeracht läßt: daß der Reformismus den bestehenden kapitalistischen Staat durch seine Koalitionsgrundeinstellung, seine Einstellung auf die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit deren Parteien letzten Endes stützt, das Proletariat in eine Stütze des Kapitalismus verwandelt und damit von seinem Klassenweg abbringt. Dort, wo die Kapitalistenklasse an die Stelle der demokratischen Form ihrer Herrschaft die faschistische gesetzt hat, ändert der Reformismus nicht ein Jota an seiner Koalitionsgrundeinstellung: er strebt nach wie vor die Zusammenarbeit mit den "demokratischen", "anständigen" Parteien der Bourgeoisie an, geht auf die Wiederherstellung der demokratischen Herrschaft des Kapitals aus, wie wir das nach 1945 ganz praktisch in Österreich, Deutschland, Italien sehen.

Die Koalitionsgrundlinie, -einstellung, -politik ist das prinzipielle Merkmal des Reformismus. Sie tritt offen, versteckt, maskiert auf, je nach den konkreten Bedingungen, die vorliegen. Sie ist die Grundlinie jeder SP, und spielt sie sich auch noch so "links" auf! Auch die SPO, vor 1934 und nach 1945, wie in der dazwischenliegenden Periode, war und ist also eine reformistische Partei: ihre Koalitionsgrundlinie, -politik zeigt sich heute offen, wo sie mit der Kapitalistenpartei in der Regierung sitzt; sie wird morgen versteckt sein, wenn die SP in "Opposition" tritt, sie wird völlig maskiert sein, wenn die SP eine "rein sozialistische Regierung" bildet, wie heute die Labour Party, die schwedische SP.

Wir haben oben darauf hingewiesen: die Koalitionslinie, -politik ist vollständig unvereinbar mit den proletarischen Grundinteressen. Sie steht zu diesen in diametralem Gegensatz. Der Sozialismus, die gewaltigste gesellschaftliche Umwälzung, die längst auf der geschichtlichen Tagesordnung steht, läßt sich nicht mit, sondern einzig gegen die Kapitalistenklasse durchführen, nicht in Zusammenarbeit mit ihr, sondern nur auf dem Wege ihres revolutionären Sturzes. Hier, bei der Grundfrage der Koalitionslinie, -politik gehen die Wege auseinander: hier Reformismus, und sei er noch so "links" aufgemacht - hier revolutionärer Sozialismus, tatsächlich ernster Linkssozialismus. Hier scheiden sich die Geister: kleinbürgerlicher Reformismus, der jämmerlich am kapitalistischen Wrack herumflickt - oder revolutionärer Sozialismus, der die verfaulte kapitalistische "ordnung" hinwegfegt und die sozialistische Gesellschaft an ihre Stelle setzt. Es ist klar, daß es für einen tatsächlich revolutionären Linkssozialismus nur eine Wahl geben kann: den Weg zu sozialistischen Revolution zu betreten, mit dem Reformismus, seiner Koalitionsgrundlinie prinzipiell zu brechen.

Hindels ist nicht auf diesem Wege. Für ihn ist die Koalition, die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien wenigstens zeitweise unvermeidlich. Er beteuert, daß die Linkssozialisten "keine sturen Dogmatiker", "keine sektiererischen Prinzipienreiter" sind. Sie lehnen nur die Koalition "auf lange Sicht" ab. Besonders hebt er hervor, daß es außenpolitische Faktoren sein können, die eine zeitweise Koalition mit bürgerlichen Parteien notwendig machen. Für Hindels verwandelt sich daher die Frage der Koalitionslinie, -politik in eine taktische Frage.

Untersuchen wir seine Argumentation näher. Warum gibt er z.B. keine konkrete Analyse einer solchen außenpolitischen Situation, für welche er die Notwendigkeit der Koalitionspolitik anerkennt? Er hat ja sicherlich die Situation von 1945 in Österreich im Auge. Wie sah diese konkret aus? Die Wiedererrichtung der bürgerlich-de-

mokratischen Republik in Österreich im Jahre 1945 ist das Ergebnis zweier entscheidend wirkenden Kräfte. In den Vereinbarungen der "Alliierten" über Österreich stimmte die SU der Wiederherstellung der politischen Verhältnisse, wie sie vor 1938 bestanden, zu. Sie anerkannte damit die kapitalistische Ordnung für Österreich. Die Stalinbürokratie half so aktiv mit, den österreichischen Kapitalismus aufzurichten, holte Renner aus der Versenkung. Unter Patronanz der Roten Armee, die es unterließ, auch nur im geringsten die revolutionäre Initiative der Massen zu wecken, zu fördern, ihr im Gegenteil entgegenrat, wurde die kapitalistische Regierung aufgerichtet, in der die Fischer & Co. wichtige Positionen besetzten. Diese Haltung der Stalinbürokratie sollte den Imperialisten beweisen, welcher Verständigungsbereitschaft und Strebens nach Zusammenarbeit die SU bereit sei. Deshalb hab sie die österreichische Bourgeoisie in den Sattel. Und diese konnte sich nur halten dank der willfährigen Belegschaft von SP (und Stalinpartei) zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und ihren außenpolitischen Beschützern.

Das sind die Tatsachen, wie sie vorlagen. Daß die Stalinbürokratie, ihre Partei, die Stalinpartei, und die SP durch die Koalition mit der Bourgeoisie das Programm der Revolution preisgaben, ist klar. Sie opferten die Massen dem kapitalistischen "Wiederaufbau", d.h. der Restauration des österreichischen Kapitalismus, der Wiederaufrichtung seiner Macht in Wirtschaft und Staat, auf. Die oben geschilderte Lage war doch sicherlich eine solche außenpolitische Situation, die Hindels im Auge hat, wenn er die zeitweise Koalition rechtfertigen will. Die Frage erhebt sich also: war damals, 1945, kein Raum für eine entschlossene revolutionäre Politik in Österreich? (Und was für Österreich gilt, gilt genau so für Frankreich, Italien usw.)

Wir bejahen diese Frage. Das konsequente Beharren auf der revolutionären Linie, die absolute Ablehnung jeder, auch nur geringsten Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, ihrer Partei, hätte sofort den Massen den Rücken gesteift. Sie wären daran gegangen, ihre Organe, die Fabrikskomitees zu organisieren und Produktion wie Verteilung in die Hand zu nehmen. Die Arbeiter hätten sich bewaffnet. Sie hätten fast ohne Anstrengung die Macht in die Hände genommen - wenn eine Kraft da gewesen wäre, die sie dazu angeleitet hätte. Die ersten instinktiven Schritte in dieser Richtung haben da und dort die Arbeiter auch gemacht. Würde sich hinter ihre Aktion noch dazu die Rote Armee gestellt haben - Österreich wäre heute ein Arbeiterstaat (keine "Volksdemokratie", wohlgemerkt!). Aber, rufen da die Reformisten (wie auch die Koplonig & Co.), ihr hättet wohl die Macht gehabt, aber ihr wäret verhungert! Einen Moment: woher wißt ihr das so genau? Ihr bleibt in euren reformistisch-bürokratischen Ansichten festgefahren, wenn ihr das als so sicher annehmt!

Damit will ja heute noch die SP ihre Koalition, ihre Rolle als Lakai der österreichischen wie ausländischen Bourgeoisie begründen: die Not zwang uns in die Koalition, die Besatzungsmächte hätten uns erdrückt usw. Kein Wunder, wenn die SU so argumentiert. In Wahrheit liegt die Sache jedoch anders.

Die fast opferlose Aufrichtung der Macht der Arbeiter und armen Bauern im Jahre 1945 hätte die kapitalistischen Großbetriebe sofort und ohne Entschädigung enteignet, ihre Verwaltung in Arbeiterhände gelegt. Welcher Elan hätte die Arbeiter erfaßt, wenn sie den Wiederaufbau nicht für die im Westen sitzenden Kapitalisten, sondern für sich, im Interesse der breiten Massen vorwärtsgetrieben hätten! Sie hätten den Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet, den Boden in die Hände der Kleinbauernkomitees gegeben, die ihn verteilt hätten. Die Planwirtschaft unter Leitung der Arbeiter hätte ihren Beginn genommen und bald hätten sich die ersten Resultate gezeigt.

Wäre das alles schwierig gewesen? Zweifellos. Aber die Massen hätten diese Schwierigkeiten auf sich genommen, auch den Hunger: sie hätten für sich, für ihr Werk die ersten Jahre gelitten und ge-

hungert - und nicht für die kapitalistischen Geldsäcke! Aber auch die Ernährungsfrage wäre bald einer Lösung zugeführt worden: nicht nach Profitinteressen wäre in der Industrie produziert worden, sondern für die Massen, vor allem Industrieartikel für die Bauern, die dafür wieder Lebensmittel in die Stadt geliefert hätten. Den Widerstand der Großbauern hätte die proletarische Macht bald gebrochen. Diese revolutionäre Lösung zu unterstützen, wäre vor allem Aufgabe der Roten Armee gewesen. In den Händen der Stalinbürokratie handelte sie genau entgegengesetzt. Ein Arbeiterösterreich hätte als revolutionärer Herd ausgestrahlt auf Westösterreich, auf das ganze revolutionierte Europa und so heißen Boden für die Imperialisten erzeugt.

Aber nehmen wir selbst an, daß die Aufrichtung der Arbeitermacht im ersten Moment nicht gelungen wäre. Die unversöhnliche Ablehnung jeder, auch nur geringsten Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit der ÖVP, der energische Kampf für die Interessen der breiten Massen, ausgerichtet auf den Sturz der Bourgeoisie, auf die Aufrichtung der Macht der Arbeiter und armen Bauern - diese unversöhnliche revolutionäre Politik wäre vom ersten Tage an möglich (und notwendig) gewesen. Niemand konnte die SP zwingen, in die Regierung zu gehen. Diese revolutionäre Politik hätte das Bewußtsein der Massen gehoben, ihre Kampfkraft gestärkt, sie zusammengeschlossen und die Bourgeoisie bald reif für den Sturz gemacht.

Aber hätten die Besatzungsmächte nicht eine solche Politik verhindert, eine Partei, die ihren Weg gegangen, unterdrückt? Sicherlich. Aber welche Wirkung hätte das gehabt? Die Massen hätten so sehr rasch das wahre Gesicht der Besatzungsmächte kennengelernt, über sie jede Illusion verloren. Diese Mächte hätten einen heißen Boden unter den Füßen gehabt, den sie wahrscheinlich früher geräumt hätten, um die revolutionierende Wirkung auf die Soldaten zu verhindern. Und außerdem: saßen nicht damals in Frankreich und Italien SP und Stalinpartei in der Regierung? Kam nicht im Sommer 1945 die Labour Party "an die Macht"? Hätten sich SPÖ/KPÖ nicht an diese Regierungen wenden müssen, um das Vorgehen der Besatzung gegen die revolutionären Arbeiter zu verhindern? Hätte nicht die Stalinpartei, die heute soviel von proletarischem Internationalismus spricht, ihn damals in die Tat umsetzen können?

Aber das sind, so wird auch Hindels antworten, Fieberträume, Phantasien, die den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen verlieren. Das aber war immer noch die Rede aller jener, die nicht ernstlich an die Kraft der Massen, des revolutionären Programms glauben. Mögen sie sich, mag auch Hindels sich ehrlich Rechenschaft darüber geben: waren die Massen 1945 ihrer Macht näher als heute oder nicht, trotz Kriegsende und Besatzung? Hätte nicht auch die Stalinbürokratie, die Rote Armee völlig im Bewußtsein der Massen jeden Boden verloren, wenn sie einer solchen revolutionären Aktion entgegentreten wären? Selbst eine Niederlage der revolutionären Erhebung hätte schließlich das Bewußtsein der Arbeiterklasse gehoben. Sie hätte ein Beispiel gehabt, so wie den Februar, an welchem sie sich trotz Niederlage wiederaufgerichtet hätte. Heute haben sie, dank der Koalition "aus außenpolitischen Gründen" den wiederhergestellten Kapitalismus vor sich, die erstarkte Macht der Bourgeoisie, die wieder fest im Sattel sitzt. Allerdings, eines wäre bei dieser revolutionären Politik nicht möglich gewesen: die Besetzung von so und so viel Posten in Staat und Gemeinde durch die SP-Bürokratie, durch die Reformisten. Sie hätten keinen "Einfluß" gehabt - bei der Bourgeoisie! Aber sie hätten dafür eingetauscht das heiße Kampfvertrauen der Massen!

Wenn die ernst denkenden sozialistischen Arbeiter diese beiden Rechnungen, die wir hier gegenüberstellten, nüchtern prüfen, dann werden sie zur Überzeugung kommen, daß auch die komplizierteste

"außenpolitische Situation" keinesfalls die Koalition, die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, ihren Parteien notwendig macht. Revolutionäres Denken heißt kühn denken, auf die Kraft der Massen bauen, nicht aber kleinliche Berechnungen auf Schulmeisterart anstellen mit tausend Wenn und Abers! Die Koalition von 1945 (in die auch die Stalinpartei hineinging) war genau dieselbe Katastrophe für das Proletariat wie die von 1918. Damals haben die Renner & Co. genau so gefaselt von Niederlage, Zusammenbruch usw., die es angeblich notwendig machten, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Das Resultat ist bekannt: die Februar-Katastrophe und was sich anschloß.

Hindels kann also nicht bestreiten: wer die zeitweise Zulässigkeit der Koalition bejaht, wer die Koalition für eine taktische Frage hält und nicht für eine prinzipielle, der macht den Reformisten nur die Mauer. Hindels soll doch prüfen: haben die "sturen Dogmatiker", die "kleinlichen Prinzipienreiter" nicht einen glänzenden historischen Sieg für sich zu buchen: die siegreiche russische Revolution von 1917 (die Stalin seit 20 Jahren ruinirt), diesen grandiosen Sieg der revolutionären Arbeiterdemokratie (die Stalin zertrümmerte und durch die bürokratische Diktatur über die Massen ersetzte)? Was haben die Koalitions "taktiker" dem entgegenzustellen? Eine Serie furchtbarer Katastrophen seit 1914 für das Proletariat, Scheinerfolge, vorübergehende Konzessionen der erschrockenen Bourgeoisie wie nach 1918 und wie heute, Konzessionen, die sie morgen wieder glatt annullieren wird! Und was beim englischen und schwedischen "Sozialismus" noch herauskommen wird, das wird sich noch zeigen! Es gibt also keine Wahl: wer wirklich vorwärts will, wer nicht mittwegen stehen bleiben will, der muß konsequent die revolutionäre Linie betreten, muß erkennen, daß die Koalitionsfrage eine prinzipielle Frage ist, daß die Koalitionspolitik in prinzipiellem Gegensatz zur proletarischen Linie, zum proletarischen Klassenkampf steht.

Die revolutionäre Linie, die Linie des proletarischen Klassenkampfes ist völlig unvereinbar mit jeder Koalitionseinstellung, mit jeder Koalitionsgeissnung, da sie, wie Hindels selbst richtig sagt, "... die Kampfkraft der Arbeiterschaft lähmt, die sozialistische Zielsetzung verdunkelt und, auf lange Sicht gesehen, die Partei in eine kleinbürgerliche Wohlfahrtseinrichtung verwandelt".

Reformistische und revolutionäre Staatsauffassung

Als zweites Hauptproblem untersucht Hindels die Frage der Staatsauffassung. Bevor wir auf seine Argumentation näher eingehen, wollen wir klarlegen, worin die revolutionäre Staatsauffassung, also die marxistische, besteht. Im Kommunistischen Manifest sagen Marx-Engels, bereits, daß "... die moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuß ist, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet". Diesen Standpunkt ergänzte Marx nach der Erfahrung der Pariser Kommune von 1871 dahin, "daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann". Und im berühmten Brief an Kugelmann legte Marx die letzte entscheidende Folgerung dar, daß "... nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen" ist, sondern daß diese Maschine "zu zerbrechen" ist. "Und dies ist", sagt er weiter, "die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent". Also Zerbrechen, gewaltsames Zerstören der kapitalistischen Staatsmaschinerie, das ist der Kernpunkt der marxistischen Staatsauffassung.

Hindels schildert die reformistische Staatsauffassung sehr gut. Ihr Wesen ist: es bleibt eigentlich alles beim Alten, der kapitalistische Machtapparat wird in seinem Kern nicht angerührt. Und Hindels erkennt, "daß der alte, nach den Bedürfnissen des Klassengegners gezimmerte Staatsapparat für die sozialistische Umgestaltung

nicht brauchbar ist". Aber was macht er aus dieser Erkenntnis? Er kommt zu dem Schluß, daß "es die vornehmste Aufgabe des sozialistischen Ministers ist, sich mit sozialistischen Beamten zu umgeben, die reaktionäre Bürokratie - und möge sie über noch so große Erfahrungen verfügen - auszuschalten".

Nun, diese Erkenntnis hat nichts mit der revolutionären Staatsauffassung zu tun. Hindels will also nicht bloß die ministerielle Spitze austauschen, sondern anstelle der alten kapitalistischen Sektionschefs sozialistische Beamte setzen, im übrigen also den Apparat, wie ihm die Bourgeoisie für ihre Zwecke aufrichtete, bestehen lassen. Aber dieser alte Apparat ist von oben bis unten durchaus auf die Niederhaltung der Massen eingespielt, er ist Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegen die Massen. Und was Hindels richtig sieht für den "sozialistischen" Minister, daß er nämlich bald der Gefangene der alten Bürokraten ist, daß gilt genau so für die sozialistischen Beamten. Auch sie werden sehr bald sich als ebenso brauchbare Organe der Massenniederhaltung erweisen. Sie werden vom übrigen kapitalistischen Apparat verschlungen werden - so wie der sozialistische Minister, wo dies Hindels trefflich erkennt. Es ist die ganze machtvolle Tradition des kapitalistischen Unterdrückungsapparates, die auch den mit besten Vorsätzen ausgerüsteten sozialistischen Beamten schließlich zur Strecke bringt - oder wieder aus dem Apparat hinausdrängt. Hier, in der Frage des Staatsapparates, kennt die Kapitalistenklasse kein Nachgeben. Sie ist für sie die entscheidende. Sie verzichtet sogar vorübergehend auf ihren Profit, wie 1917 in Rußland, sabotiert selbst die Produktion - aber sie läßt in der Frage des Machtapparates nicht locker. Ja, die Aufrechterhaltung des entscheidenden kapitalistischen Kernapparates ist überhaupt Voraussetzung, daß sie sich auf die Koalition, auf die "rein sozialistische" Regierung einläßt!

Die marxistisch-revolutionäre Staatsauffassung verlangt die Zerbrechung des alten kapitalistischen Apparates und seine Ersetzung durch den Machtapparat der Arbeiter und armen Bauern, der die der Bourgeoisie entwundenen Waffen in der Hand hält. Dieser Apparat tritt an die Stelle des alten stehenden Heeres und des alten bürokratischen Apparates. Jeder Beamte ist wählbar und jederzeit absetzbar. Der Höchstgehalt darf dabei den Durchschnittslohn eines Arbeiters nicht überschreiten. Diese grundlegenden Lehren zog Marx aus der Pariser Kommune von 1871. Und dieser Apparat ist im Wesen kein Staat im alten Sinne mehr: jetzt ist die Mehrheit der Bevölkerung bewaffnet, während unter der schönsten "rein sozialistischen" Regierung immer eine Minderheit bewaffnet bleibt, der die unbewaffnete Mehrheit der Bevölkerung gegenübersteht. Und dieser wirklich sozialistische, proletarische Machtapparat ist nur zu schaffen durch die Zerbrechung, Zerschlagung des alten kapitalistischen Apparates, und nicht durch die tropfenweise Einsetzung von sozialistischen Beamten in den alten Apparat, die mit der Assimilierung dieser Beamten durch den alten kapitalistischen Apparat endet, enden muß.

Hindels ist also von der revolutionären Staatsauffassung meilenweit entfernt. So viel Richtiges er auch zu der Frage der Staatsauffassung sagt: er verbleibt im Wesen durchaus auf dem Boden der reformistischen Staatsauffassung. Er unterscheidet sich von den Reformisten höchstens durch - eine Illusion mehr. Es klingt sehr schön, wenn er schreibt, daß "eine neue Gesellschaft nicht in der parlamentarischen Retorte erzeugt, sondern im revolutionären Kampf geboren werden muß". Dieser revolutionäre Kampf konzentriert sich in seiner höchsten Zuspitzung um die Frage des Machtapparates. Der kapitalistische Staatsapparat stellt sich unvermeidlich der revolutionären Aktion entgegen. Er muß zerschlagen werden, er kann nicht erobert werden, nicht durch Stimmzettel, nicht durch noch soiel sozialistische Beamte um den sozialistischen Minister!

Wir schrieben eingangs: die Kernfrage bleibt die Frage der Koalitionspolitik. Gerade in der tatsächlich unversehrten Aufrechterhaltung des alten Machtapparates, im Beibehalten der alten Bürokratie, der alten militärischen Befehlshaber usw. äußert sich die Koalitionspolitik, die Politik der Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse auf staatlichem Gebiete. Du läßt mir meinen Machtapparat, in welchem ich dir einige unschuldige Positionen einräume, damit die Massen getäuscht werden, und ich lasse dich dafür in die Regierung - so spricht die Bourgeoisie zur SP. Damit behält sie aber in der Tat jenes Instrument in der Hand, das ihr erlaubt, die schönsten Gesetze entweder nicht anzuwenden oder für ihre Interessen umzubiegen und eines Tages - die sozialistischen Minister in hohem Bogen aus der Regierung hinauszubefördern!

Die Frage des Massenkampfes

Hier in dieser Frage, betont Hindels, sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reformisten und Linkssozialisten besonders tief. Vollkommen richtig sagt er, daß der Reformist den Massenkampf ablehnt, weil er im Grunde seines Herzens die Aktion der Massen fürchtet. "Die außerparlamentarische Aktion der Massen, den direkten Einsatz der in den Betrieben zusammengeballten Klassenkraft des Proletariats lehnen sie ab", schreibt er ganz richtig. Besonders wendet sich Hindels gegen die neoreformistische Strömung, die bewußt und grundsätzlich die außerparlamentarischen Kampfaktionen der Massen ablehnt.

Soweit, so gut. Vom revolutionären Standpunkt aus ist die außerparlamentarische Aktion der Massen, der Massenkampf im Betrieb und auf der Straße der grundlegende Kampf, die Hauptakzionsform des proletarischen Klassenkampfes. Der parlamentarische Kampf ist vom revolutionären Standpunkt aus gesehen Nebenkriegsschauplatz, das Parlament dient dem sozialistischen Revolutionär nur als Tribüne, von welcher aus er sich an die Massen wendet. Geht Hindels in der Richtung dieser revolutionären Auffassungen?

Es wäre gefehlt, das zu sagen. Was Hindels von den Reformisten, besonders von den Neoreformisten, unterscheidet, ist, daß "die Linkssozialisten die Beschränkung des Klassenkampfes auf die parlamentarische Tätigkeit ablehnen". Gegen die ungeheure Macht der Bourgeoisie, sagt er richtig, kann das Proletariat nicht bloß mit dem Stimmzettel, nicht ausschließlich mit parlamentarischen Methoden kämpfen. Und für "bestimmte Situationen" verlangt er die Mobilisierung der Massen, um "den Klassengegner unter Druck zu setzen".

Hier hat Hindels seinen wahren Standpunkt ausgesprochen. Es handelt sich für ihn um erhöhten Druck auf die Kapitalistenklasse - nicht aber um die Steigerung dieses Druckes bis zum Sturz der Bourgeoisie! Aber es ist schon ein Schritt vorwärts, wenn Hindels die absolute Notwendigkeit der Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes erkennt und vertritt. Und gerade diese Frage ist geeignet, ihn, wenn er dazu bereit und imstande ist, vor allem aber die wirklich nach links wollenden sozialistischen Arbeiter vorwärtszuführen.

Möge Hindels es nicht bei Worten lassen! Mögen besonders die sozialistischen, nach Links wollenden Arbeiter von dieser Frage der Entfaltung des außerparlamentarischen Massenkampfes ausgehen! Den kleinsten Schritt in dieser Richtung, und wäre er noch so unzulänglich, wird jeder wirkliche Linkssozialist mit aller Kraft fördern und unterstützen! und dies darum, weil gerade die Erfahrungen des außerparlamentarischen Massenkampfes der Schlüssel sind, um zu voller Klarheit auch über die anderen Fragen zu gelangen, über die Grundfrage der Koalitionspolitik und die Grundfrage der revolutionären Staatsauffassung. Im praktischen Kampf in Betrieb und auf der Straße werden die ernstlich nach links strebenden Arbeiter erkennen lernen, daß es nicht genügt, beim bloßen Druck auf den Klassenfeind

stehenzubleiben; werden sie erkennen, daß Koalitionspolitik betreiben, und sei es auch nur vorübergehend, zeitweise, nichts anderes heißt als auf die Seite der Kapitalistenklasse übergehen; daß der kapitalistische Staatsapparat nicht zu reformieren ist, sondern im revolutionären Massenkampf vernichtet werden muß; werden die Massen erkennen, daß sie sich ihre eigenen Kampforgane, Keimzellen der eigenen Macht, schaffen müssen, um den kapitalistischen Unterdrückerapparat zu zerschmettern. Die Frage des Massenkampfes, seiner Entfaltung ist daher jene Frage, die als ganz praktischer Ausgangspunkt genommen werden muß. Nur in diesem Kampfe werden die Massen, ihre bewußteren Elemente lernen, mit allem Halben und Zwiespältigen fertig zu werden und auf die Positionen des wirklichen Linkssozialismus überzugehen. Worte allein, und wären sie noch so richtig, können das nicht bewirken. Die Aktion lehrt am gründlichsten. Wenn die heute so unvollkommenen Linken, als deren Vertreter wir Hindels ansehen können, nur mit diesem einen Punkt wirklich Ernst machen, dann sind wir gewiß: jene, die bereit sind, aus der Erfahrung zu lernen, werden unvermeidlich den Weg zum wirklichen, revolutionären Linkssozialismus beschreiten.

Daß die Ablehnung des Massenkampfes durch die Reformisten kein Zufall ist, ist klar. Sie wittern, daß die Aktion der beste Lehrmeister der Massen ist, ihr Selbstvertrauen hebt, ihr Kraftbewußtsein stärkt, sie zusammenschweißt. Von da aber bis zur offenen Wendung gegen den kapitalistischen Feind ist nur ein Schritt. Und das fürchtet der Reformist: die Massenaktion bedroht die Koalition, die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, ihrer Partei. Und gerade darum muß hier angepackt werden, ernst und entschlossen. Von hier aus werden sich die anderen Grundfragen am schnellsten und leichtesten lösen lassen. Ernst machen mit den Worten, und sei der Beginn noch so unzulänglich, darauf kommt es an.

Gegen Verdrehungen und Verfälschungen!

Hindels bemüht sich, sich vom Reformismus abzugrenzen. Wir haben gesehen, daß seine Stellung jedoch noch weit davon entfernt ist, eine revolutionäre zu sein; daß sie keinesfalls die des revolutionären Linkssozialismus ist. Bei seinem Bemühen, sich von Verdrehungen und Verfälschungen, besonders dort, wo er die Grenze gegenüber dem Kommunismus zu ziehen versucht. Zuerst einmal: Kommunismus darf heute in einer ehrlichen Polemik nicht mit Stalinismus gleichgesetzt werden! Das aber tut Hindels mehr als einmal. Nach ihm hat die Komintern nur "scheinbar" das Erbe der Vorkriegslinken angetreten. Richtig stellt er fest, daß die These von der unlösbaren Verknüpfung des Schicksals der Oktoberrevolution, ihres Staates vom Weitergang der internationalen Revolution Gemeingut der Bolschewiki war. Sehr richtig! Stalin war es, der, als Exponent der hochkommenden Bürokratie, diese These fallen ließ und 1924 die "Theorie" des "Sozialismus in einem Lande" entwickelte, die nur die Widerspiegelung der bürokratischen Interessen, den Verzicht der entartenden Sowjetbürokratie auf den weltrevolutionären Weg war. Das weiß heute die ganze Welt, das weiß auch Hindels. Warum dann Verdrehungen? Die Komintern war tatsächlich die legitime Erbin der Vorkriegslinken, ihre Politik war tatsächlich marxistisch-revolutionär und die Fortsetzung des Kampfes zwischen Reformismus und Marxismus aus der Vorkriegszeit des ersten Weltkrieges. Erst Stalin hat die revolutionäre Linie geopfert, die Komintern vom marxistischen Weg abgebracht und damit zerstört.

Aber nach Hindels war die Politik der alten Komintern trotzdem nicht marxistisch. Warum nicht? Es ist erstaunlich, was Hindels vorbringt. Er schreibt von der damaligen Komintern: "Die Methoden, die sie (die Kommunisten, Verf.) anwendeten, um mit Hilfe kleiner, revolutionärer Minderheiten die Macht zu erobern, waren typischer

/vom Reformismus abzugrenzen, unterlaufen ihm aber eine Reihe

Blanquismus". Und als Hauptvertreter dieser blanquistischen (putschistischen) Politik bezeichnet er - Trotzki! Das ist glatte Geschichtsfälschung. Trotzki als Hauptvertreter der blanquistischen Politik! Wie lagen die Dinge wirklich?

Die putschistische Tendenz in der alten Komintern bestand tatsächlich. Ihr Vater war aber Sinowjew, waren die Dimitroff & Co. Und hinter ihnen stand schweigend - Stalin! Lenin, und mit ihm Trotzki, traten energisch der sinowjew-stalinschen Abenteuerpolitik, die in Estland, Bulgarien zu furchtbaren Niederlagen führte, von Anfang an entgegen! Das ist die geschichtliche Wahrheit. Was Hindels wiedergibt, stammt aus dem Stalinschen Arsenal der Geschichtsfälschungen. Es besteht wahrlich keine Notwendigkeit, in dieselbe Kerbe zu hauen. Trotzki war es, der stets die Grundmaxime des Marxismus vertrat, daß die Revolution nicht das Werk einer kleinen, bewaffneten Minderheit sein, sondern daß sie nur als Aktion der revolutionierten Massen gelingen könne, daß daher die revolutionäre Partei auf dem Wege zur revolutionären Erhebung die Mehrheit des Proletariats gewinnen müsse (allerdings nicht im bürgerlichen Parlament, sondern in den Arbeiterräten), um den Aufstand zu einem siegreichen zu machen. Dies zu verkünden, wurde Trotzki bis an sein Lebensende nicht müde. An die Stelle der revolutionären Strategie hat Stalin die militärisch-polizeilich-bürokratischen Methoden gesetzt, wie sie z.B. in Rußland, in den "Volksdemokratien" geübt werden, die nichts sind als Polizeiherrschaft über die Massen, über die Arbeiterklasse im Interesse einer bürokratischen Kaste. Mit Marxismus, mit revolutionärer Strategie haben diese Stalinschen Methoden und Manöver nichts gemein. Möge Hindels versuchen, das, was er Trotzki zuschreibt, an der Hand auch nur eines einzigen Dokuments, ja auch nur einer einzigen Zeile aus seinen Werken zu beweisen! Es wird ihm nicht gelingen. Das Verfälschen der geschichtlichen Wahrheit aber kann Hindels ruhig Stalin und seiner Clique überlassen.

Es gäbe im Artikel von Hindels noch manches, das zu berichtigten wäre. Er verballhornt manchmal die Dinge, daß einem schwindelt. So z.B. dort, wo er über das Verhältnis von Linkssozialisten und Kommunisten spricht, wo es aber ganz klar ist, daß er wieder Kommunisten und Stalinisten gleichsetzt. Zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, wird sich noch Gelegenheit bieten. Wir empfehlen jedenfalls Hindels, sich an die geschichtlichen Tatsachen zu halten. Das Proletariat ist genug verwirrt durch die Flut von Lügen, Verleumdungen, Verdrehungen und Verfälschungen, die sowohl von der reformistischen wie der stalinistischen Seite her kommen. Ein ehrlicher Linkssozialist muß sich bemühen, der geschichtlichen Wahrheit den Weg zu bahnen, seine Polemik sauber zu halten. Sonst wird er zum Helfer beider, des Reformismus und des Stalinismus!

Charakter der heutigen Position von Hindels

Wir haben versucht, die Stellung von Hindels mit der des wirklichen, revolutionären Linkssozialismus zu konfrontieren. Sein heutiger Standpunkt ist also keinesfalls der des revolutionären Linkssozialismus. Hindels muß sich klar darüber werden: der revolutionäre Linkssozialismus verlangt eine klare Entscheidung über die Frage des Verhältnisses zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse, Entweder unversöhnlicher Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie, also prinzipieller Bruch mit jeder Koalitionspolitik, mit der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien - oder Billigung dieser Zusammenarbeit, wenn auch mit Einschränkungen. Letzteres heißt aber, daß man noch durchaus auf dem Boden des Reformismus verbleibt, sich von ihm nur taktisch trennt. Daß sich der Standpunkt von Hindels von dem der Schärf, Helmer & Co. unterscheidet, ist sicher. Aber er ist deshalb noch lange nicht der des revolutionären Linkssozialismus! Hindels bleibt auf halbem Wege stehen, er versucht eine

Mittelstellung einzunehmen. In der Politik wird eine Position zwischen Reformismus und revolutionärem Marxismus eine zentristische genannt. Wir können daher die heutige Stellung von Hindels bestenfalls als eine zentristische bezeichnen. Aber sie ist keine entwickelte zentristische Position, denn diese versucht auch Teile des revolutionären Programms in sich aufzunehmen. Hier gibt es bei Hindels höchstens Andeutungen, aber keine klar ausgesprochenen Sätze. In der eigentlichen Grundfrage, der der Koalitionspolitik, neigt er eher zu einer linksreformistischen Stellung.

Was nun?

Es ist klar, daß die Bewertung der heutigen Stellung von Hindels nicht moralisch, sondern politisch zu nehmen ist. Er schreibt, daß er im offenen, ehrlichen Kampf für seine Position die Mehrheit der Partei gewinnen will. Hier ist der Punkt, wo sich zeigen wird, ob es Hindels selbst mit seiner unvollkommenen, unzulänglichen Position ernst ist. Ernst machen, selbst wenn die heutige Position noch weit entfernt ist, eine revolutionäre zu sein! Ernst machen und handeln, um die Mehrheit der Partei zu gewinnen! Das muß Hindels tun, nicht bloß schreiben! Nochmals: die Position Hindels ist keine revolutionäre, keine ernstlich linkssozialistische. Aber der Kampf, selbst nur für diese halbe Position in der Partei Boden zu gewinnen, wird seine Lehren zeitigen, wird Illusionen zerstören. Möge Hindels, wie wir oben schon sagten, vor allem die Frage des außerparlamentarischen Kampfes ernstlich aufrollen. Hier, mit dieser Forderung, muß er sich vor allem an die sozialistischen Arbeiter wenden. Nicht die Reformisten, die Schärf, Helmer & Co. werden ihn verstehen, sondern die Arbeiter, die ständig im Interesse des "sozialen Friedens" zur Passivität erzogen werden. An die Jugend muß er sich wenden, sie wird die Frage des aktiven Kampfes begeistert aufgreifen. Von der Frage des Massenkampfes aus, die ja Hindels bloß als Druckmittel anwenden, also durchaus nicht revolutionär gebrauchen will, von dieser Frage aus werden sich die anderen mit der Aktion, in der Aktion klären! Ob Hindels auf diesen Weg der Klärung gelangen kann, wird sich erst erweisen. Daß aber die aktiven sozialistischen Arbeiter auf ihn gelangen werden, daß sie es sein werden, die schließlich zum revolutionären Linkssozialismus, wenn nötig mit neuen Führern, vorwärtsgehen werden, daran zweifeln wir nicht. Sie werden im Verlaufe des Kampfes, im inneren Parteikampfe und erst recht im Kampf im Betrieb und auf der Straße, bald mit allem Halben und Zwischenhaften fertig werden. Sie werden zum revolutionären Marxismus vorwärtsschreiten, zum unversöhnlichen Bruch mit der Kapitalistenklasse, mit ihren Parteien, zum Bruch mit dem Reformismus in allen seinen Schattierungen!

Ende Oktober 1948

Revolutionäre
Linkssozialisten

PS: Diese Arbeit war schon geschrieben als Erwin Scharf seine Broschüre "Ich darf nicht schweigen" veröffentlichte. Unsere nächste Arbeit wird der Analyse seiner politischen Linie gewidmet sein.

++++++
+ Weitergeben! +
++++++